

Zugang für alle

Open Access: Publizieren im Netz hat Vorteile für Forscher und Leser

Von Sonja Grimm und Christoph Haug

Die Freiheit der Wissenschaft ist im Grundgesetz verankert. Die Freiheit des Wissens nicht. Obwohl jeder Wissenschaftler und jede Wissenschaftlerin daran interessiert ist, Wissen weiterzugeben, publizieren sie vorrangig in Medien, deren Zugang beschränkt und oft teuer ist. Die freie und eigenständige Verbreitung von Wissen wird so behindert. Doch das Internet bietet längst alternative Formen des Publizierens. Für den offenen Zugang zu Forschungsergebnissen steht die Idee des Open Access.

In einer Studie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) stimmten zwei Drittel der befragten Wissenschaftler der Aussage zu, die Publikationsform des Open Access werde das wissenschaftliche Publizieren in den nächsten Jahren drastisch verändern. In der Praxis ist aber diese Form der Veröffentlichung noch wenig verbreitet: Sechs von zehn Befragten kennen nicht einmal ein entsprechendes Journal aus ihrem jeweiligen Fachgebiet. Nur jeder zehnte Befragte hat schon einmal in einem Open-Access-Journal publiziert. Aus diesem Informationsdefizit hat die DFG erste Konsequenzen gezogen. Seit September 2006 fördert sie die Erstellung einer Internetplattform, die ab Mai 2007 über Open-Access-Initiativen informieren und praktische Hilfestellungen für Publikationsmöglichkeiten geben soll (www.openaccess-germany.de).

Die Suche nach neuen Formen des Publizierens geht einher mit Erwägungen über die grundsätzlichen Nachteile traditioneller Verbreitungswege über Zeitschriften und Bücher. Erstens erfordert das Publizieren in Printmedien viel Geduld, denn bis ein eingereicherter Artikel veröffentlicht wird, können manchmal ein bis zwei Jahre vergehen. Die Aktualität bleibt dabei auf der Strecke. Zweitens wird das produzierte Wissen gleich mehrfach subventioniert: Der Wissenschaftler forscht in einer öffentlich finanzierten Einrichtung, ebenfalls aus öffentlichen Geldern finanzierte Kollegen erstellen die qualitätssichernden Gutachten, für manche Zeitschriften- und Buchpublikationen werden Druckkostenzuschüsse fällig, und schließlich müssen Forschungseinrichtungen und öffentliche Bibliotheken das produzierte Wissen über Zeitschriftenabonnements und Bücher wieder einkaufen.

Die Kosten sind vor allem in den Natur- und Technikwissenschaften hoch – der Preis für ein Jahresabonnement eines renommierten Journals kann im fünfstelligen Bereich liegen. In den Geistes- und Sozialwissenschaften sind die Kosten zwar bedeutend niedriger. Dennoch beklagen die Bibliothekare auch hier ein kontinuierliches Ansteigen der Preise und sehen sich gezwungen, immer mehr Zeitschriftenabonnements zu kündigen. Drittens geben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, mehr oder weniger bereitwillig, ihre Verwertungsrechte an die Verlage ab, um publiziert zu werden. Oft haben sie dann nicht das Recht, ihre gedruckten Texte legal über die eigene Homepage oder als Kopie unter den Kollegen oder in Seminaren zu verbreiten.

Das mehrfach bezahlte Wissen ist auf diese Weise schwer zugänglich, obwohl deren Urheber größtes Interesse an einer möglichst weiten Verbreitung haben. Oliver Moldenhauer vom Netzwerk Freies Wissen führt diese paradoxe Situation darauf zurück, dass Wissen praktisch verlustfrei kopiert und gleichzeitig von allen genutzt werden kann. Die Ökonomen nennen solche Güter „öffentliche Güter“. Ein wichtiges Problem öffentlicher Güter: Der Markt stellt sie von sich aus nicht zur Verfügung, da Gewinne nur mit knappen Gütern erwirtschaftet werden können. Für viele Ökonomen heißt dies auch für den Bereich des Wissens: Ressourcen verknappen und Monopole schaffen. Der Eigentumsbegriff wird auf das Wissen übertragen, um es als „geistiges Gut“ marktwirtschaftlich verwertbar zu machen. Damit wird der Zugang zu Wissen über Patente, Copyright oder Sortenschutz beschränkt. Dies betrifft nicht nur akademische Texte,



Sonja Grimm [Foto: David Ausserhofer]

Sonja Grimm, M.A., Jahrgang 1978, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Kunstgeschichte in Heidelberg und Paris. Seit 2004 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“ am WZB. Sie arbeitet im Rahmen des Abteilungsprogramms zu Transformationsprozessen nach Kriegen und untersucht die Legalität und Legitimität externer Demokratisierung durch internationale Akteure in Nachkriegsgesellschaften. Sie ist Sprecherin der WZB-Nachwuchswissenschaftlerinitiative.

grimm@wzb.eu

Die Idee des Open Access steht für den freien Zugang zu Forschungsergebnissen. Auch für die Wissenschaft bietet das Internet neue Wege, um Wissen schnell und weltweit für jeden Leser bereit zu stellen. Viele elektronische Fachzeitschriften sind dabei ebenso qualitätsorientiert wie klassische Print-Journale. Bevor ein Artikel online geht, wird auch er von Gutachtern geprüft. Von der breiten Unterstützung durch Wissenschaftsorganisationen und Wissenschaftler hängt es ab, ob das Publizieren in Open-Access-Formaten zu einem anerkannten Standard wird.

sondern auch Software, Musik, medizinisches Wissen und Saatgut (Pflanzensorten).

Nach Meinung von Moldenhauer führt das Stichwort „geistige Eigentumsrechte“ aber in die Irre, denn es suggeriert eine falsche Parallele zwischen Wissen und materiellen Gütern, die nicht beliebig kopierbar bzw. nicht gleichzeitig nutzbar sind. Moldenhauer spricht daher von „geistigen Monopolrechten“, denn dies bringe den Charakter der künstlichen Einschränkung der Nutzungsrechte besser auf den Punkt: Den Urhebern werde so ein Monopol auf die Nutzung des von ihnen geschaffenen geistigen Gutes zugesprochen.

Allerdings wird die Problematik öffentlicher Güter derzeit mit Blick auf die Monopolisierung stark verkürzt diskutiert. In aktuellen Debatten über die Novellierung des Urheberrechts wird oft fälschlich betont, dass die Verschärfung des Copyrights die einzige Möglichkeit sei, Anreize für die Herstellung beliebig kopierbarer Güter zu setzen. Die Musikindustrie behauptet sogar mit dem Slogan „Copy kills music“, dass Tauschbörsen Kreativität und Innovation in der Musikbranche verhinderten. Dabei wird übersehen, dass sich gerade kleine Labels und unbekannte Bands durch die Verbreitung ihrer Produkte im Internet einer wachsenden Fangemeinde erfreuen. Vergleichbare Lösungen des freien Zugangs gibt es auch auf anderen Gebieten. So profitiert die Allgemeinheit zum Beispiel von nicht mehr patentierten und daher billigeren Medikamenten gegen Aids oder Malaria in Afrika, von frei verfügbarer Software (zum Beispiel das Betriebssystem Linux) oder von Saatgut, das nicht genmanipuliert ist, so dass Bauern ihre eigene Ernte für die Aussaat im folgenden Jahr wieder verwenden können.

Für die Wissenschaft bietet das Internet neue Wege, um Wissen frei verfügbar zu machen. So könnten die von Bund und Ländern finanzierten Forschungsinstitute ihre Ergebnisse ohne großen Aufwand über das Internet selbst verbreiten, ohne dass Verlage daran verdienen. Bereits heute werden die WZB-Discussion Papers jährlich rund 550.000-mal unentgeltlich vom WZB-Server herunter geladen. Die von der DFG und anderen Forschungsorganisationen nun propagierte Open-Access-Idee ist im Grunde nur die konsequente, qualitätsorientierte Weiterführung dieses Prinzips.

Allerdings gibt es gerade im akademischen Bereich weiterhin Vorbehalte gegen das Publizieren in Open-Access-Journalen, trotz erkennbarer Vorteile für die Wissenschaftler und die wissenschaftlichen Institute. Das gängigste Vorurteil lautet: „Da bleibt doch die Qualität auf der Strecke, wenn jeder beliebig publizieren kann!“ Dabei wird jedoch übersehen, dass auch Open-Access-Journale mit den üblichen Begutachtungsverfahren arbeiten. Im Unterschied zu klassischen Zeitschriften sind die Artikel jedoch rascher für Nutzer offen und von jedem Internetarbeitsplatz weltweit frei zugänglich. Außerdem können Artikel gleichzeitig in mehreren Sprachen veröffentlicht und auch interaktive Darstellungsformen verwendet werden.

Open Access

Der Begriff Open Access (engl. freier, kostenloser Zugang) steht für die Idee, wissenschaftliche Literatur und Materialien im Internet frei, das heißt kostenlos und ohne Lizenzbeschränkungen, zugänglich zu machen. Als Plattform für die Veröffentlichung dienen elektronische Zeitschriften (E-Journals), universitäre oder institutionelle Eprint-Archive, fachbezogene Server oder persönliche Webseiten. Deutsche Forschungsinstitute haben sich im Oktober 2003 mit der „Berliner Erklärung“ zu den Zielen der Open-Access-Bewegung bekannt. Sie wurde unter anderem von der DFG, der Hochschulrektorenkonferenz, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft, der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, der Deutschen Initiative für Netzwerkinformation und dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen unterzeichnet.

Die „Berliner Erklärung“ im Netz: www.mpg.de/pdf/openaccess/BerlinDeclaration_dt.pdf

Trotz dieser Vorteile gelten Veröffentlichungen in Open-Access-Journalen bei Bewerbungen und Evaluationen wissenschaftlicher Einrichtungen oftmals als minderwertig, vor allem im Vergleich zu Veröffentlichungen in etablierten Zeitschriften, die im Zitationsindex aufgeführt sind. Ihr fehlendes Renommee ist jedoch nur ihrem geringen Alter geschuldet und weniger der Qualität der Artikel oder der Gutachterkommissionen. Junge Online-Zeitschriften haben hier mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie junge Print-Journale. In den Naturwissenschaften zeigt sich schon jetzt: Artikel aus Open-Access-Journalen werden nicht weniger häufig zitiert als jene, die in klassischen Print-Zeitschriften abgedruckt wurden.

Auf dem deutschsprachigen Markt haben sich in kurzer Zeit unter anderen zwei Open-Access-Journale etabliert: das 1999 gegründete, mehrsprachige sozialwissenschaftliche Online-Journal „Forum Qualitative Sozialforschung“ (www.qualitative-research.net/fqs/fqs.htm) und das seit 2002 erscheinende interdisziplinäre deutschsprachige E-Journal „Zeitenblicke“ (www.zeitenblicke.de) mit Schwerpunkt auf der frühneuzeitlichen Geschichte. Im Editorial von „Zeitenblicke“ betonen die Herausgeber die Vorteile dieser Publikationsform für die Geschichtswissenschaft: „Besonderes Anliegen des Journals ist die Nutzung der interaktiven und multimedialen Darstellungspotentiale des elektronischen Publizierens, die den eigentlichen Mehrwert von E-Journals gegenüber Printzeitschriften ausmachen.“

Eine weitere Möglichkeit zur freien Verbreitung des Wissens ist das völlig legale „Unterlaufen“ des Copyrights durch die Veröffentlichung unter einer Creative-Commons-Lizenz. Hier können die Autoren selbst eine Vermarktungslizenz mit wenigen Mausklicks zusammenstellen und so bestimmen, welche Verwertungsrechte sie sich vorbehalten und welche sie freigeben möchten (<http://de.creativecommons.org>). Voraussetzung ist allerdings, dass sich der Verlag auf ein derart gelockertes Copyright einlässt. Mit einer solchen Lizenz ist beispielsweise das von Jeanette Hofmann herausgegebene Buch „Wissen und Eigentum“ (siehe S. 7) erschienen. Auch Mischlösungen sind denkbar: Die Verlage verfügen in den ersten sechs Monaten exklusiv über die Vermarktungsrechte, danach steht es dem Autor frei, die eigene Arbeit auch als Pdf-Dokument über seine Homepage oder einen Open-Access-Server zu verbreiten.

Diese Ansätze haben aber nur dann Erfolg, wenn auch die Wissenschaftsorganisationen konzertiert für eine freie Verbreitung des von ihnen selbst produzierten Wissens eintreten und ihre Wissenschaftler mit Rat und Tat unterstützen. Zudem sollten gezielt Anreize geschaffen werden, etwa die Honorierung von Open-Access-Publikationen bei der Vergabe von Fördermitteln. Durch die Auslobung von Preisen und die Bindung von Stipendien an die Auflage, die Ergebnisse der geförderten Projekte in Open-Access-Medien zu veröffentlichen, ließen sich zusätzliche Anreize erzeugen. Auch könnten Gutachterinnen und Gutachter dazu aufgefordert werden, ihre Expertise vorzugsweise für Open-Access-Formate zur Verfügung zu stellen. Eine aktivere Informationspolitik gegenüber den Mitarbeitern von Universitäten und Forschungsinstituten könnte ebenfalls zur freien Verbreitung von öffentlich finanziertem Wissen beitragen. Darüber hinaus plädiert Jürgen Gerhards, Professor für Makrosoziologie an der Freien Universität Berlin, für ein größeres Engagement der großen Fachverbände und Wissenschaftsorganisationen. Der Aufbau von Online-Journalen durch die Fachgemeinde selbst sei normativ sehr begrüßenswert, sagt Gerhards.

Bereits heute kann jeder einzelne Forscher und jede einzelne Forscherin einen Beitrag zur freien Verbreitung von Wissen leisten: Wer seine eigene Publikationsliste durchgeht, wird sicher einige Beiträge finden, deren Verwertungsrechte nicht bei einem Verlag liegen und deshalb sofort auf die eigene Homepage gestellt werden können. Dank diverser Suchmaschinen wird es vermutlich nicht lange dauern, bis diese Texte von anderen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen gefunden, gelesen und zitiert werden.



Christoph Haug [Foto: privat]

Christoph Haug, geboren 1975, studierte Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Politologie und Psychologie in Mainz und Berlin. Er ist Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung. Am WZB arbeitet er seit November 2005 in der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“ zu Entscheidungsfindungsprozessen in sozialen Bewegungen.

haug@wzb.eu

Summary

Open access to knowledge

Open Access stands for the unlimited accessibility of research results. The internet offers new opportunities for the sciences to make knowledge easily available to a worldwide readership. Many electronic scholarly journals are just as quality-oriented as conventional print journals. Before an article goes online, it is reviewed and evaluated by independent experts. Whether publishing in open access formats will become a widely accepted standard depends on the support from scientific organizations and scientists.
